

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 1

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FINANZPOLITISCHE WETTERWENDE

Kein gutes Vorbild

In den letzten Jahren hatte es sich der Bundesrat zur Gewohnheit gemacht, in regelmässigen Abständen finanzpolitische «Hirtenbriefe» an die Kantone ergehen zu lassen, um sie zu einem «konjunkturgerechten» Finanzgebaren, das heisst zumindest zu ausgeglichenen Haushalten zu veranlassen. Es wurden auch grosse Anstrengungen gemacht, um die Budgetpolitik der Kantone nach konjunkturpolitischen Kriterien auszurichten, wobei der Bund koordinierend aktiv wurde. Das Ergebnis darf sich in vielen Kantonen sehen lassen. So präsentiert sich die Staatsrechnung 1973 des Kantons Zürich ausgeglichen, wobei es erst noch möglich war, frühere Defizite zu decken.

Und nun kommt der gleiche Bund, der während Jahren mit väterlichen Ermahnungen nicht sparte, und meldet für die Finanzrechnung 1973 einen Fehlbetrag von 780 Millionen Franken. Er hat also «Wasser gepredigt und Wein getrunken». Mit ins Bild gehört übrigens eine akute Liquiditätsklemme des

Bundes, die es ihm gegenwärtig sogar schwer macht, seinen laufenden Verpflichtungen nachzukommen. Immerhin darf festgehalten werden, dass die Gesamtsituation des Bundeshaushalts nach wie vor als gesund bezeichnet werden kann. Das Defizit 1973 sprengt zwar mit 7,2 Prozent die Grundsätze reellen Haushaltens bei weitem. Andererseits sind die Bundesschulden nach wie vor verhältnismässig bescheiden. Sie machen etwa 75 Prozent einer Jahreseinnahme aus.

Das ändert aber nichts daran, dass etwas geschehen muss. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für eine neue Finanzvorlage des Bundes auf Hochtouren. Es sollen Mehrerträge bei den direkten und indirekten Steuern erreicht werden. Auch sind Bestrebungen im Gange, die Bundessubventionen in manchen Bereichen massiv zu kürzen, eine Massnahme, die nicht ohne Auswirkungen für die kantonalen Haushalte bleiben wird. Der Bund wird indessen auch selbst den Gürtel enger schnallen müssen. Das Parlament kann ihm dabei massgeblich helfen, wenn es

An die Leser der Schweizer Monatshefte

Auf den 1. April 1974 tritt Dr. Theo Kunz neu in die Redaktion ein. Als Nachfolger von Dr. Roland Stiefel zeichnet er für den politisch-wirtschaftlichen Teil. Das kulturelle Ressort wird weiterhin von Dr. Anton Krättli betreut.

Zürich, 31. März 1974

Der Vorstand der Schweizer Monatshefte

seiner Neigung Zügel anlegt, Grosszügigkeit walten zu lassen und Bundesvorlagen jeweils noch aufzustocken. Da wir vor einem Wahljahr stehen, ist es allerdings fraglich, ob eine solche Disziplinierung Aussicht auf volle Verwirklichung hat.

Zwei Hauptelemente der Entwicklung

Im Gesamtzusammenhang der schweizerischen Politik betrachtet, kommt dem Rechnungsabschluss 1973 des Bundes ohne Zweifel symbolträchtige Bedeutung zu. Seit 1945 war das Defizit nie mehr so gross. Die Wende im Finanzhaushalt, die seit 1966 immer wieder signalisiert wurde, ist nun offensichtlich definitiv eingetreten. Und um die Kantone steht es im gesamten nicht besser. Damit bekommt auch die Einnahmenpolitik andere Akzente als bisher. Die Zeit der Steuerrrevisionen, da sozusagen im Kreis herum kleine Geschenke gemacht werden konnten, ist vorbei. Die Welle der sozialistischen Reichtumssteuer-Initiativen ist nicht nur eine politische Mode-Erscheinung, sondern der Ausdruck eines politischen Trends aufgrund einer bestimmten fiskalischen Entwicklung.

Diese Entwicklung ist durch zwei Hauptelemente gekennzeichnet. Einerseits sind die Ansprüche an den Staat in gewaltige Dimensionen ausgewachsen, ja geradezu explodiert. Dabei handelt es sich nicht nur um den berühmten «infrastrukturellen Nachholbedarf», bei dem die Proportionen ebenfalls Züge der «Gigantomanie» aufweisen. Es zeigt sich vielmehr eine generelle Tendenz nicht nur von seiten der Linken, sondern aus allen politischen Richtungen, dem Staat immer

mehr Aufgaben aufzubürden. Zu einem Teil ist dies sicherlich die unvermeidliche Konsequenz der engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft in der modernen Industriegesellschaft. Zum Teil ist es aber auch schon fast so etwas wie eine Gewohnheit geworden, neu auftauchende Aufgaben wenn irgendmöglich unbesehen der öffentlichen Hand zu übertragen. Hier wird ein gewisses Umdenken nicht zu umgehen sein, wenn Staat und Steuerzahler nicht endgültig überfordert werden sollen.

Das zweite Hauptelement der neueren Entwicklung ist die Teuerung. Sie reisst auch die öffentlichen Haushalte immer mehr in eine Teufelsspirale hinein, aus der es kaum noch ein Entrinnen gibt. Nicht nur die Aufgaben, sondern vor allem auch die Ausgaben als solche blähen sich gewaltig auf. Das hat einerseits zur Folge, dass Finanzplanung und Budgetpolitik immer schwankender und unzuverlässiger werden. Und es hat andererseits zur Konsequenz, dass die Steuergesetze schon zwecks Ausmerzungen der kalten Progression immer häufiger revidiert werden müssen. Auch im steuerrechtlichen Bereich kann man damit nicht mehr auf mittelfristig stabile Verhältnisse zählen.

Politik – das Geld der anderen

Finanzklemme und kalte Progression sind also zu zwei Erscheinungen geworden, mit denen wir offenbar leben müssen. Und obwohl sie rein finanztechnisch nicht direkt zusammenhängen, bilden sie nun die beiden Hauptpole der gegenwärtigen Finanz- und Steuerpolitik. Die Milderung der kalten Progression ist ein Postulat der Steuergerechtigkeit. Es wäre nicht richtig, wenn

der Bürger allein aufgrund der Teuerung, das heisst ohne realen Gegenwert, wesentlich höher besteuert würde. Diese Linderung aber kostet Geld, weil sich ja die Progression der Teuerung im Ausgabensektor nicht ebenfalls mildern lässt. Der zusätzliche Finanzbedarf wird noch gesteigert durch die Finanzklemme.

Diese Einnahmen-Ausgabenschere ist der Hintergrund der Reichtumssteuer-Welle. Ein französischer Nationalökonom des 19. Jahrhunderts, Frédéric Bastiat, hat einmal geschrieben, der Staat sei die grosse Fiktion, mit deren Hilfe jedermann sich bemühe, auf Kosten von jedermann zu leben. Der politische Witz Frankreichs hat daraus die knappere Formulierung gemacht: «La politique, c'est l'argent des autres.» Wenn man die Steuerrdiskussion im Lande herum mitanhört, so steht man unter dem Eindruck einer immer penetranteren Tendenz, «mit dem Geld der anderen Politik zu machen». Es soll versucht werden, die verschärfte finanzpolitische Situation durch einen verschärften Trend zur Umverteilung des Sozialprodukts über eine noch progressivere Steuerpolitik zu meistern.

Tatsache ist indessen, dass diese Umverteilung ohnehin schon erhebliche Ausmasse angenommen hat. Progression als Akt der sozialen Gerechtigkeit ist als Prinzip längst anerkannt. Es ist ausserdem schon lange selbstverständlich, dass der gleiche Grundsatz der Solidarität auch bei den Sozialwerken spielt. Die Frage stellt sich nur, wo die kritische Grenze liegt, da die progressive Belastung der höheren Einkommen und Vermögen in einen kontraproduktiven Effekt umschlägt: Abwanderung, Nachlassen des Leistungswillens, erhöhter Steuerwiderstand un-

ter Ausnützung sämtlicher legaler Möglichkeiten, das steuerbare Einkommen zu reduzieren, Unterhöhlung der Steuermoral unter dem Eindruck, vom Staat respektive von der Mehrheit ungerecht behandelt zu werden.

Dieser kritischen Grenze nähern wir uns offensichtlich. Jene, welche die Umverteilung über die Steuerpolitik forcieren, mögen bedenken, dass dadurch eine wirtschaftliche Situation entstehen könnte, bei der es als Folge der steuerlichen Reaktionen weniger zum Umverteilen geben könnte als bisher. Und was die rein finanzpolitische Seite betrifft, so sei an die Erfahrung Schwedens erinnert. Die Regierung hatte anfangs der sechziger Jahre die Steuern von 45 auf 65 Prozent erhöht. Der Steuerertrag stieg damit aber lediglich um sage und schreibe ¼ Prozent (45 Millionen bei einem Gesamtertrag von 16,5 Milliarden Kronen). Interessant ist in diesem Zusammenhang übrigens auch das Resultat einer Meinungsumfrage im Kanton Baselland, das Ende 1972 der Reichtumssteuer zugestimmt hatte: Nur 22 Prozent treten noch für sie ein; und von den ursprünglichen Befürwortern sind heute lediglich 38 Prozent der Meinung, richtig gestimmt zu haben.

Mut zum blanken Nein

Aus der Vielfalt wichtiger Geschäfte der Märzsession der Bundesversammlung sei hier der Entscheid des Nationalrats besonders hervorgehoben, der Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion ein blankes Nein entgegenzusetzen. Bis zuletzt schien es, als würden die Anhänger der Idee eines Gegenvorschlags die Oberhand gewinnen. Es ist ja hierzulande üblich geworden, wenn irgend-

möglich immer und überall mit Gegenvorschlägen zu arbeiten, wenn heikle Themen durch Initiativen aktualisiert werden. Der Mut zum klaren Nein scheint immer mehr zu schwinden, auch dort, wo die zuständigen Behörden eine klar ablehnende Meinung hegen. Nun hat der Nationalrat für einmal doch die kompromisslose Linie gewählt. Er durfte dies angesichts einer Initiative, die Bundesrat Furgler als

«masslos und unsorgfältig» bezeichnete, mit gutem Gewissen tun. Das Volk wird sicherlich zu unterscheiden wissen zwischen dem Überfremdungsproblem als solchem und einem Vorstoss von wahrhaft abenteuerlichen Dimensionen. Darüber hinaus bleibt zu hoffen, dass damit der zur Gewohnheit gewordene «Zug zum Gegenvorschlag» überhaupt etwas gebrochen worden sei.

Richard Reich

AKADEMISCHES PROLETARIAT

Von der «Bildungskatastrophe» . . .

Gerade ein Jahrzehnt ist es her, seit *Georg Picht* das Schlagwort von der «Bildungskatastrophe» geprägt hat. In seinem Buch «Die deutsche Bildungskatastrophe» schrieb er 1964: «Es ergibt sich aber zwingend, dass wir die Zahl der Abiturienten mindestens verdoppeln und auch die Zahl der Akademiker erheblich steigern müssen, wenn Westdeutschland im Zuge der wissenschaftlichen Zivilisation nicht unter die Räder kommen soll. Wir brauchen eine riesige Vermehrung der Quantitäten auf den höheren Ausbildungsstufen.» *Ralf Dahrendorf* doppelte nach und veröffentlichte 1965 unter dem nicht minder attraktiven Titel «Bildung ist Bürgerrecht» sein «Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik».

So wurde im deutschsprachigen Raum eine Entwicklung ausgelöst, die mehr war als nur eine «Bildungswelle». Überall schossen Bildungsökonom, Bildungssoziologen und Bildungsplaner aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen. Mit missionarischem Eifer überspielten sie die sachlich dürftigen, wenn nicht gar dubiosen Vor-

aussetzungen ihrer Hochrechnungen eines angeblich «*gesellschaftlichen Bedarfs*» an Akademikern («social demand approach»). Wer es noch wagte, die Frage nach dem *ökonomischen Bedarf* zu stellen («manpower approach»), nach der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft und der Verwaltung für die kommende «Akademikerschwemme», sah sich rasch als «Reaktionär» verketzert, der nur den «Verwertungsinteressen des Monopolkapitals» diene. Je emotionaler die öffentliche Diskussion über das «Recht auf Bildung», über Gesamthochschulen und anderationalistisch-konstruktivistische Heilerwartungen geführt wird, um so deutlicher tritt zutage, dass offenbar die bekannten «gesellschaftspolitischen» Systemveränderer und -überwinder auch im Bildungssektor eine wichtige politische Bastion erobert haben.

. . . zum «akademischen Proletariat»

Inzwischen hat sich aber die Szenerie grundlegend gewandelt. Wohin mit den vielen Studenten? Diese Frage drängt sich heute schon allenthalben auf. An die Stelle des Akademikermangels

scheint im nächsten Jahrzehnt ein Akademikerüberfluss zu treten.

Die Kunde vom «akademischen Proletariat» kam zuerst aus den USA. Dort hatte es bereits nach dem «Sputnikschock» eine «Bildungswelle» gegeben. Die Hochschulkapazitäten konnten nicht schnell genug ausgebaut werden. Die Studentenzahlen stiegen und stiegen ...

Doch der Rückschlag blieb nicht aus. Akademiker mit abgeschlossener Ausbildung, darunter auch viele Naturwissenschaftler, müssen heute ihren Lebensunterhalt als Taxichauffeure, Tankwarte, Aushilfskellner, Nachtwächter und dergleichen verdienen. Die Nachfrage nach Hochschulausbildung ist daraufhin so stark zurückgegangen, dass bereits Fakultäten erheblich reduziert oder geschlossen werden mussten. Der noch in den sechziger Jahren so viel beklagte «brain drain» nach den USA hat sich umgekehrt; viele der ausgewanderten Wissenschaftler versuchen, wieder nach Europa zurückzukehren.

Warnungen des Internationalen Arbeitsamtes

Aber schon hat die akademische Proletarisierung auch Europa erreicht. Im Januar 1974 hielt das Internationale Arbeitsamt in Genf seine Zweite Europäische Regionalkonferenz ab. Unter dem Traktandum «Einige aktuelle Beschäftigungsprobleme in Europa» standen auch die drohenden Gefahren der verfehlten Bildungspolitik zur Debatte.

In dem entsprechenden Bericht heisst es dazu: «Während des grössten Teils der sechziger Jahre haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen mit der Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten Schritt gehalten.

Während der letzten Jahre wurde diese bedeutende Zunahme von Bildungsmöglichkeiten jedoch von wachsenden Schwierigkeiten der Absolventen in vielen Fachbereichen bei der Suche nach geeigneter Arbeit begleitet. Obwohl diese Erscheinung in verschiedenen Teilen Europas in unterschiedlichem Ausmass auftritt, ist sie im allgemeinen durch eine Unausgeglichenheit von Angebot und Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften in zahlreichen Bereichen gekennzeichnet. Diese Unausgeglichenheit macht sich bemerkbar durch längere Arbeitssuche, weniger progressive Gehaltsskalen, Beschäftigungen, die den Qualifikationen der Stelleninhaber nicht entsprechen, und selbst durch Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungsaussichten für Hochschulabsolventen sind in einer Reihe von Ländern zu einem Politikum geworden, insbesondere in solchen, in denen die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten sehr zügig erfolgte und nicht durch ausdrückliche arbeitsmarktpolitische Erwägungen eingeschränkt worden ist» (Internationales Arbeitsamt, Zweite Europäische Regionalkonferenz, Bericht II: Einige aktuelle Beschäftigungsprobleme in Europa, Genf, Januar 1974, S. 40).

Diese vorsichtigen Formulierungen, die den üblichen Texten internationaler Organisationen entsprechen, lassen die Schwere eines Problems ahnen, das unsere Bildungsplaner heute noch bagatellisieren oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Auf die Befürchtungen hinsichtlich eines künftigen akademischen Proletariats angesprochen, werden sie rasch Gegenargumente zur Hand haben. In der Tat fällt es nicht schwer, akademische Berufe zu nennen, in denen heute noch Mangel besteht.

Notwendige Differenzierungen

Der erwähnte Bericht des Internationalen Arbeitsamtes weist denn auch auf die Notwendigkeit einer differenzierteren Betrachtungsweise hin. Unterschiede sind generell beim Ländervergleich erkennbar, ferner speziell nach Studienrichtungen und nach dem Leistungsniveau der jeweiligen Ausbildung.

Wenn man von den USA einmal abieht, deren wirtschaftliche und soziale Probleme auch auf anderen Gebieten die kommende Entwicklung in den *hochindustrialisierten Staaten* anzeigen, scheinen in Europa Italien, Schweden, Grossbritannien und die Niederlande am meisten gefährdet, was das Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten für Akademiker anbelangt. Italien weist – ähnlich wie viele Entwicklungsländer – in bezug auf die vorhandenen Arbeitsplätze ein beträchtliches Überangebot an Akademikern auf; die Gründe sind vornehmlich traditionell-sozialer Natur. Schweden, Grossbritannien und die Niederlande waren dagegen die ersten europäischen Staaten, deren Bildungspolitik sich konsequent am «social demand approach» orientierte. Besonders gefährdet sind als nächste Länder Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Die Schweiz dürfte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ebenfalls von der Welle der akademischen Proletarisierung erfasst werden, wie bereits 1969 im Bericht der Arbeitsgruppe *Jermann* prognostiziert worden ist.

Differenziert werden muss weiter nach *Studienrichtungen*. In erster Linie sind die nicht berufsbildbezogenen Fächer betroffen. Dass für Soziologen und Politologen kaum ein ökonomischer Bedarf besteht, ist inzwischen allgemein bekannt. Ähnliches gilt für Psychologen

sowie für Bildungs-, Kommunikations- und Zukunftsforscher, soweit sie nicht über eine solide Grundausbildung verfügen. Aber auch im berufsbildbezogenen naturwissenschaftlich-medizinischen Bereich zeigen sich Modeströmungen. Nach der Kernphysik erlebt seit einiger Zeit die Molekularbiologie einen «Studentenboom». In der Medizin herrscht ein Defizit an praktischen Ärzten; hingegen zeichnet sich hier bei verschiedenen Spezialisten bereits ein Überschuss ab. An Theologen herrscht schon heute ein ausgesprochener Mangel. Die Ursachen für diese Unterschiede sind bei jeder Studienrichtung wieder sehr differenziert. Dass ferner die Erhöhung der Akademikerquote ein Defizit an Mittelschulabsolventen mit sich bringt, die wiederum der Wirtschaft fehlen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Drittens drängt sich eine Differenzierung nach dem *Leistungsniveau der jeweiligen Ausbildung* auf. Der erwähnte Bericht des Internationalen Arbeitsamtes vermerkt beispielsweise für Frankreich, dass die Technikumsabsolventen mit ihrer stark berufsbezogenen und leistungsorientierten Fachausbildung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als die Absolventen technischer Hochschulen, deren Ausbildung zwar ebenfalls berufsbezogen, aber weniger leistungsorientiert ist. Ähnliche Erfahrungen liegen übrigens auch aus der Schweiz, aus Westdeutschland und anderen Ländern vor. In Frankreich haben die Grandes Ecoles konsequent am Leistungsprinzip festgehalten und daher ihren klassischen Ruf als Elite-Hochschulen bewahren können. Ihre Absolventen haben infolgedessen auch keinerlei Schwierigkeiten, schon relativ jung führende Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung zu bekommen.

Generell hat sich aber die starke quantitative Expansion des Hochschulsektors auf Kosten der Ausbildungsqualität ausgewirkt. Vielfach haben die studentischen Unruhen seit dem Ende der sechziger Jahre zu «Studienreformen» Anlass gegeben, die in Tat und Wahrheit einen mehr oder minder starken Leistungsabfall bedeuten. Dies gilt insbesondere überall dort, wo heute den Studierenden die Möglichkeit eines «Baukastenstudiums» oder, anders ausgedrückt, eines Studiums «à la carte» geboten wird. Aus dem vielgeschmähten «Fachidioten» wird so der «Idiot in seinem Fach». Die «Rache des Marktes», in diesem Fall des Arbeitsmarktes, wird nicht auf sich warten lassen...

Überprüfung der Hochschulförderung

Im Hinblick auf die anderswo bereits eingetretene oder befürchtete Entstehung eines akademischen Proletariats stellt die Schweiz vorerst noch einen Sonderfall dar. Schwierigkeiten auf den Arbeitsmärkten für Akademiker hat es bisher kaum gegeben. Allerdings scheinen sich bei einigen nicht praxisbezogenen Studiengängen gewisse Sättigungstendenzen abzuzeichnen. Soziologen, Politologen und Psychologen sind, soweit sie nicht ein «Langzeit-Studium» betreiben, vielfach noch bei den Massenmedien, im Hochschulbereich selbst oder in den entsprechenden Bürokratien untergekommen. Der 1973 erschienene Forschungsbericht des Schweizerischen Wissenschaftsrates plädiert nun gerade in diesen und anderen geisteswissenschaftlichen Fächern für eine erhebliche Ausweitung, obwohl die künftige Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes eher zu einer gewissen Zurückhaltung Anlass geben sollte.

Sich im Dschungel der mannigfachen, dazu noch widersprüchlichen Hochschulprognosen zurechtzufinden, wird man von den meisten Politikern kaum erwarten dürfen. Sie müssen sich auf den Rat der Experten verlassen. Bedenklich stimmt dabei, dass sich die amtlichen Stellen unter dem Einfluss einiger Experten immer mehr auf den «social demand approach» festgelegt haben, auf das bildungspolitische Konzept einer «gesellschaftlichen Nachfrage» nach akademischer Ausbildung, das in anderen Staaten bereits zu folgenschweren Konsequenzen geführt hat.

Wer die Publikationen des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1972 (Zweiter Bericht über den Ausbau der schweizerischen Hochschulen) und 1973 (Forschungsbericht) mit den noch vor Ausbruch der «Bildungseuphorie» entstandenen, sorgfältig erarbeiteten Berichten der Kommission *Schultz* (1963) und der Kommission *Labhardt* (1964) vergleicht, muss sich allerdings fragen, ob der Wissenschaftsrat auf dem richtigen Wege ist, wenn er sich konsequent den «social demand approach» zu eigen macht und den «manpower approach» bestenfalls sekundär als Korrekturfaktor gelten lassen will. Möchte man wirklich ein Volk von Akademikern? Will man bewusst alle jene wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen in Kauf nehmen, die aus einer «Bildungskatastrophe mit umgekehrtem Vorzeichen» resultieren können?

Würden die schweizerischen Hochschulen entsprechend den Vorstellungen von einer «gesellschaftlichen Nachfrage» nach akademischer Ausbildung erweitert, käme es wahrscheinlich in vielen Sparten bald zu Überkapazitäten.

Wenn sich dann erst einmal herumgesprochen hat, dass die Absolvierung eines Hochschulstudiums nicht mehr jene finanziellen und sozialen Vorteile mit sich bringt, die man früher davon erwarten konnte, wird die «gesellschaftliche Nachfrage» erst stagnieren und schliesslich zurückgehen, wie es das amerikanische Beispiel bereits gezeigt hat.

Vielleicht wird man deshalb die allgemeine Finanzklemme später einmal als eine besondere Gunst des Schicksals ansehen. Vermag sie doch – wenn

auch ungewollt – die Schweiz vor der Nachahmung ausländischer Fehler zu bewahren, in diesem Falle vor der Entstehung eines akademischen Proletariats und der entsprechenden Vergrößerung der bereits vorhandenen Lücken bei den nichtakademischen Berufen. Noch ist es Zeit, die von «gesellschaftspolitisch engagierten» Bildungsplanern entwickelten Vorstellungen sachlich zu prüfen und utopische Konzepte auf den Boden der Realität zurückzuführen.

Egon Tuchteldt

SOWJETISCHE STREIFLICHTER: JUDEN UND ANDERE MINDERHEITEN

Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Der Sowjetstaat ist konstitutionell auf dem nationalen Prinzip aufgebaut und besteht aus 15 «souveränen» Unionsrepubliken, 20 «autonomen» Republiken, 8 «autonomen» Gebieten und 10 «nationalen» Kreisen. Da die Volkszählungen über die Existenz von mehr als 100 verschiedenen Nationalitäten berichten, wird somit lediglich 53 von ihnen formell eine Art Eigenstaatlichkeit oder Autonomie gewährt. Anderen, zum Teil grossen Nationalitätenblöcken wird – da sie in einer zusammenhängenden Einheit mit ihren im Mutterland lebenden Volksbrüdern wohnen – jegliche Staatlichkeit oder Autonomie auch formell verweigert (zum Beispiel den Polen, Magyaren, Bulgaren, Koreanern usw.). Damit tritt anstelle der in mehreren Erklärungen der Partei und in der ersten Verfassung der UdSSR 1924 garantierten Gleichberechtigung der Sowjetvölker eine hierarchische Ordnung.

Allerdings wurde die Selbstbestimmung der Nichtrussen auch formell ständig eingeschränkt. Als Lösung der nationalen Frage garantierte eine der ersten Regierungserklärungen nach der Oktoberrevolution (16. November 1917) das Recht auf die Selbstbestimmung und Sezession *für alle Völker*; die Verfassung der RSFSR vom 10. Juli 1918 ignorierte diese Frage, die erste Unionsverfassung vom 31. Januar 1924 beschränkte dieses Recht auf die staatsbildenden Völker (Russen, Ukrainer, Weissrussen, Aserbajdschaner, Armenier und Georgier), welche sich mit der RSFSR vereinigten und die Sowjetunion bildeten (§§ 3/4). Die heutige Verfassung (§§ 15 und 17) wiederholt diese Einschränkung.

Der Verfassung widerspricht aber die Verfassungswirklichkeit. Artikel 58/1a des Strafgesetzbuches von 1960 qualifizierte jegliche «Handlungen zum Nachteil der Unantastbarkeit des Gebietes der UdSSR» als Vaterlandsverrat und liess sie mit «Erschiessung, ver-

bunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens, bei Vorliegen mildernder Umstände mit zehn Jahren Freiheitsentzug, verbunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens» ahnden. Auch das heutige StGB folgt wörtlich dieser Bestimmung, sieht jedoch bei milderen Umständen eine erhöhte Freiheitsstrafe (von 10 bis 15 Jahren, nach der Abbüßung noch weitere 2 bis 5 Jahre Deportation) vor (Artikel 64 des StGB der RSFSR). Wenn also die Angehörigen der heute konstitutionell als «souverän» erachteten 14 nichtrussischen Nationen von ihrem Recht Gebrauch machen wollen, können sie leicht hingerichtet werden.

Die Souveränität wird dialektisch definiert. Man dürfe sie nicht als juristischen Begriff betrachten und mit Kompetenzen messen, da diese in jeder Etappe des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus entsprechend den neuen Aufgaben in ständiger Änderung begriff-

fen seien. Souveränität der Union und der Republiken wird ferner als eine «dialektische Einheit» und eine «Gesetzmässigkeit» des Systems erklärt.

«Internationalisierung» nicht-russischer Siedlungsgebiete

Theorie und Praxis verlangen seit über fünf Jahrzehnten die ständige «Annäherung und Verschmelzung der Sowjetnationen und -nationalitäten», was als eine «objektive» Gesetzmässigkeit betrachtet wird. Im Zeichen dieser «freiwilligen Annäherung» werden die nicht-russischen Siedlungsgebiete «internationalisiert», das heisst mit Russen besiedelt, während viele Angehörige der Nationalitäten in die Russische Föderation abwandern. Heute gibt es grosse nationale Gebiete der Minderheiten mit russischer Mehrheit. Diese Tendenzen zeigen sich anhand der Volkszählungen von 1959 und 1970:

	<i>Staatsbildende Nationalitäten 1959–1970</i>				<i>Russen 1959–1970</i>			
	in Tausenden		in % zur Republik- bevölkerung		in Tausenden		in % zur Republik- bevölkerung	
	1959	1970	1959	1970	1959	1970	1959	1970
RSFSR	97 862	107 747	83,0	82,8	—	—	—	—
Ukraine	32 158	35 283	76,8	74,9	7 090	9 263	16,9	19,4
Weissrussland	6 532	7 289	81,1	81,1	660	938	8,2	10,4
Usbekistan	5 038	7 724	62,1	65,5	1 092	1 473	13,5	12,5
Kasachstan	2 787	4 234	30,1	32,6	3 972	5 521	42,7	42,4
Georgien	2 600	3 130	64,3	66,8	407	396	10,1	8,5
Aserbajdschan	2 494	3 776	67,5	73,8	501	510	13,6	10,0
Litauen	2 150	2 506	79,3	80,1	231	267	8,5	8,6
Moldau	1 886	2 303	65,4	64,6	292	414	10,2	11,6
Lettland	1 297	1 341	62,0	65,8	556	704	26,6	29,8
Kirgisien	836	1 284	40,5	43,8	623	855	30,2	21,2
Tadschikistan	1 051	1 629	53,1	56,2	262	344	13,3	11,9
Armenien	1 551	2 220	88,0	88,6	56	66	3,2	2,7
Turkmenien	923	1 416	60,9	65,5	262	313	17,3	14,5
Estland	892	925	74,6	68,2	240	334	20,1	24,7

Während 1926 nur 5% der Russen ausserhalb der Russischen Föderation lebten, stieg dieser Prozentsatz 1959 auf 14,2 und 1970 auf 16,5. Der Prozentsatz der Russen in den drei baltischen Staaten stieg folgendermassen an:

	1939	1959	1970
Estland	8,2	20,1	24,7
Lettland	12,0	26,6	29,8
Litauen	2,7	8,5	8,6

Der Rückgang der Zahl der Einheimischen nach dem Krieg hing mit Stalins Erklärung zusammen, die nationale Frage sei eine Waggonfrage. Infolge der «Internationalisierung» des Baltikums ging das litauische Element in Wilna im Jahre 1959 auf 33,6% zurück, und erst 1970 erreichte es 42,8% der Bevölkerung; im heutigen Riga beläuft sich der Anteil der Letten nur auf 43,8% der Bevölkerung.

Russifizierungsbestrebungen

Bei den zentralgeleiteten Siedlungswerken in der Vergangenheit galt der Grundsatz, der Einwanderer verzichte auf den Schutz seiner Nationalität. Im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Russen in den nationalen Randgebieten geschah (und geschieht) das Gegenteil: Die Einheimischen müssen sich den Russen annähern und im Russentum aufgehen! Die nationalen Minderheiten in den nichtrussischen Republiken lernen merkwürdigerweise nicht die jeweilige Staatssprache, sondern das Russische, sie «nähern sich» dem Russentum und nicht dem jeweiligen «staatsbildenden» Volk an. Folgende Tabelle zeigt die Zahl jener assimilierten Mitglieder der einzelnen Minderheiten in einigen nichtrussischen Republiken, die

1970 das Russische beziehungsweise die jeweilige Staatssprache zur Muttersprache erklärten:

Die Muttersprache der Nationalitäten

<i>Das Russische in der Ukraine:</i>	<i>Die Sprache der «staatsbildenden» Nation</i>	
Polen	47 000	20 000
Weissrussen	206 000	32 000
Tataren	31 000	1 200
Usbeken	4 500	454
<i>in Weissrussland:</i>		
Ukrainer	40 000	10 900
Juden	118 000	29 000
<i>in Usbekistan:</i>		
Koreaner	40 000	42
Juden	47 000	332
Aserbajdschaner	2 541	980
<i>in Kasachstan:</i>		
Deutsche	202 000	299
Tataren	45 500	6 660
Polen	30 800	12
Juden	20 700	1

Auch in den übrigen Republiken und bei anderen Minderheiten ist es ähnlich.

Die jüdische Minderheit

Während bei einigen staatsbildenden Nationalitäten, hauptsächlich in Zentralasien, zwischen 1959 und 1970 eine Bevölkerungsexplosion erfolgte, beobachtet man bei einigen Nationalitäten einen ständigen Rückgang der Zahl der Angehörigen. Die Zahl der Polen ging von 1 380 000 auf 1 167 000, jene der Mordwinen von 1 285 000 auf 1 263 000, der Karelier von 167 000 auf 146 000, der Finnen von 93 000 auf 85 000 zu-

rück usw. Den grössten Rückgang beobachtet man bei den Juden: Während sich 1959 noch 2268000 Sowjetbürger als Juden erklärten, ging diese Zahl elf Jahre später auf 2151000 zurück (Verlust: 5,4%). 1939, vor dem deutschen und sowjetischen Überfall auf Polen, lebten in der UdSSR 3020000 Juden; durch die Besetzung polnischer, baltischer, tschechoslowakischer und rumänischer Gebiete stieg diese Zahl um einige Hunderttausende an. Das Judentum verlor also zwischen 1940 und 1970 rund ein Drittel seines Bestandes.

Den gewaltigen Rückgang der Zahl der Angehörigen des Judentums schreibt die sowjetische Propaganda gegenüber dem Westen der «freiwilligen Annäherung» an «andere» Sowjetvölker (gemeint sind natürlich die Russen) zu. Die Schliessung jüdischer Schulen in den verschiedenen Teilen der UdSSR wird mit dem Wunsch der Eltern begründet, ihre Kinder in russische Schulen schicken zu «wollen». Als Beweis für die Sorge des Regimes für das Judentum beruft sich eine Broschüre auf die Existenz eines Jüdischen Autonomen Gebietes im Fernen Osten, ohne jedoch die Geschichte des von der Sowjetführung im Rahmen der UdSSR geplanten jüdischen Staates behandelt zu haben. Dieses unbewohnte, früher chinesische Gebiet wurde 1858 (Ajguner Vertrag) erobert. Die ersten Siedlungen errichtete hier Petrograd nach 1891 im Zusammenhang mit dem Bau der Transsibirischen Eisenbahnlinie. 1928 beschloss die Regierung, im Birobidschaner Bezirk Juden aus der UdSSR und dem kapitalistischen Ausland anzusiedeln. Um die misslungene Siedlungsaktion anzukurbeln, wurde dieser Bezirk 1934 in ein Jüdisches Autonomes Gebiet im Rahmen der Chabarowsk-

Region umgewandelt (108000 km² Fläche, heute 172500 Einwohner). Die Juden bilden aber dort heute lediglich 6,7%, die Russen dagegen 83,7% der Bevölkerung.

Schul- und Kulturpolitik

Die als gesetzmässig deklarierte Sprachenintegration beziehungsweise das Absterben der nationalen Sprachen und die Erhebung des Russischen in den Rang der gemeinsamen Sowjetsprache wird durch die Schul- und Kulturpolitik gewaltig gefördert. Für die staatsbildenden Nationen gibt es Schulen mit muttersprachlichem *und* russischem Unterricht. Für die übrigen gibt es nur einen fakultativen Muttersprachenunterricht in den (meistens) russischen Schulen. Diese dienen in den nationalen Randgebieten auch den Kindern der staatsbildenden Nationen. In Usbekistan, wo die mohammedanischen Völker relativ stark auf ihrem Volkstum beharren, sind die Hälfte der Schüler Kinder der Nationalitäten, auf dem Lande sogar noch mehr. So ist es verständlich, dass von den 2,7 Millionen Lehrern der UdSSR rund 336000 Russischlehrer sind und von diesen letzteren rund 30% in nicht-russischen Schulen unterrichten. Die neulich eingeführten sogenannten Vorbereitungsklassen für die Sechsjährigen «dienen als eine Form der Organisation des Unterrichts- und Erziehungsprozesses für nichtrussische Kinder, damit diesen die Möglichkeit garantiert wird, die russische Sprache zu erlernen».

Noch klarer zeigt sich diese Tendenz in der Pressepolitik! 1971 wurden Zeitungen in 57 Sprachen der Sowjetvölker und in 9 Fremdsprachen heraus-

gegeben. Von den 6878 Zeitungen waren 67,7% russische Zeitungen, und auf die verschiedenen nichtrussischen Sowjetsprachen entfielen lediglich 2205 (32,1%). Der Unterschied kommt jedoch bei der Periodizität und der Auflage noch wesentlich mehr zum Ausdruck. 75,4% der einmaligen, 80,4% der Jahresauflage aller Sowjetzeitungen entfallen auf die russischen; beim Umfang ist das Übergewicht noch grösser, da 84% der gesamten «Bogenzahl» auf russische Zeitungen entfallen. Dazu werden in 6 Unionsrepubliken die nationalsprachigen Zeitungen auch russisch herausgegeben (Anteil der Russen in der Bevölkerung der UdSSR: 53,4%).

Die Zeitungen der nicht-staatsbildenden Nationalitäten sind meistens kleine Blätter, welche wöchentlich ein- bis dreimal erscheinen. Für die grosse jüdische Minderheit gibt es zum Beispiel eine einzige Zeitung in einer Auflage von 12000 Exemplaren (erscheint 156mal im Jahr); die relativ grosse Minderheit der Kalmüken hat eine Zeitung mit 7000 Exemplaren, und auch diese erscheint wöchentlich viermal. Für

die Krimtataren gibt es eine einzige kleine, wöchentlich dreimal erscheinende Zeitung (Auflage 23000). Die Kurden, Finnen, Tscherkessen, Kabardiner, Dunganen – alle selbstbewusste Völker mit grosser Vergangenheit – haben ebenfalls je eine Zeitung mit 3000 bis 7000 Exemplaren Auflage. Aber diese Zeitungen dienen ausschliesslich der Propaganda; deshalb muss der betreffende Bürger auch eine russische Zeitung abonnieren, damit er mindestens einige lokale Berichte bekommt. Bei den Zeitschriften ist das Übergewicht der russischen noch grösser. 1971 wurden diese nur in 44 Sowjetsprachen und 23 Fremdsprachen veröffentlicht. 82,7% von ihnen erscheinen auf Russisch, auf die nichtrussischen Sowjetsprachen entfallen 14,8%. Überdies sind die Nationalitätenzeitschriften zum Teil ausschliesslich der Propaganda gewidmet. Wenn sich also ein Finne weiterbilden will, muss er russisch können. Auf diese Weise verlieren die Nationalitäten ihre Intelligenz Schritt für Schritt.

László Révész

DER VERBANNT UND DIE ANDERN

Kommentare und Meinungen

Der Nobelpreisträger aus Russland ist, einer Einladung folgend, nach Norwegen gereist und inzwischen wieder in die Schweiz zurückgekehrt. Seine Familie soll ihm dahin ins Exil folgen. Nach der Empörung über seine Vertreibung und nach dem eher beschämenden Schauspiel hemmungsloser Sensationsgier, das rings um Alexander Solschenizyn in der Bundesrepublik, in Zürich und überall sonst die Szene be-

herrschte, wo der unfreiwillige Emigrant auftauchte, müsste jetzt eine Phase ruhiger Überlegung eintreten. Sichtet man die Reaktionen in Presse, Radio und Fernsehen, so ergibt sich ein zwiespältiges und zum Teil entmutigendes Bild. Das Beispiel eines massgebenden Menschen, wie ihn Jeanne Hersch (in der «Weltwoche») in Anlehnung an Karl Jaspers nennt, eines Menschen nämlich, der das Mass dessen gibt, was der Mensch vermag, scheint nicht von allen, die über ihn schreiben, verstanden zu

werden. Was ist denn geschehen? Eine Weltmacht erwehrt sich eines einzelnen Mannes, der ihr allein durch die Kraft seines Zeugnisses und durch die Uner-schütterlichkeit, mit der er allen Dro-hungen trotzt, gefährlich wurde. Zutref-fend hat Oskar Reck, in Anspielung auf ein Wort aus dem Roman «Der erste Kreis der Hölle», den Vorgang als «De-portation einer Gegenregierung» be-zeichnet («Basler Nachrichten»). Nur setzt sich diese handliche Formel doch auch dem Missverständnis aus, es handle sich da um einen Oppositionel-len der üblichen Kategorie: also um so etwas wie einen Reaktionär, der eine versunkene Welt aus dem Orkus des Vergessens heraufziehen möchte. Das ist ja genau die Parole, mit der man Solschenizyn und seine Freunde in der Sowjetunion verfeimt. Ähnliche Tenden-zen sind auch bei uns in den Äusserun-gen von Schriftstellern und Intellektuel-len, die sich als progressiv verstehen, unschwer zu erkennen. Max Frisch nennt zwar in seiner Erklärung am Fernsehen die gegenwärtige Sowjetre-gierung «reaktionär»; aber wenn er den russischen Kollegen mit der seltsamen Wendung willkommen heisst, hier könne er sagen, was er für die Wahrheit halte, ist der Vorbehalt nicht zu überhören. Mit dem Mann, der die Inhumanität der Sowjetmacht uner-schrocken und unwiderlegbar schildert, haben jetzt vor allem diejenigen Publi-zisten Mühe, die nicht müde werden, das Böse auf der Welt als logische Folge der kapitalistischen Gesellschaftsord-nung zu erklären. Wer Solschenizyns Werk, nicht nur den «Archipel GULAG», genau liest, der weiss, wie absurd die Meinung ist, es gehe ihm um Politik in jenem beschränkten Verstand, der mit den Begriffen «rechts» und «links» aus-

kommt. Als ob die Sowjetmacht von dieser Seite her zu beunruhigen wäre! Die Stärke Solschenizyns beruht dar-auf, dass er in eine Dimension vor-stösst, die über die Ebene der politi-schen Kämpfe hinausreicht. Die Lügen und die Verdrehungen, die zum Arsenal dieser Kämpfe gehören, werden durch sein Zeugnis so gründlich entlarvt, dass sie nicht weiter verfangen. Hier geht es um die Wahrheit eines Menschen, der durch Verzweiflung und Leiden hin-durch unangreifbar und frei geworden ist.

Das Exil

*Tritt das Bild jener schrecklichen Nacht
mir wieder vor Augen,
welche für mich in der Stadt blieb als
die späteste Frist,
denk ich wieder der Nacht, da ich so viel
Teures verlassen,
dringen die Tränen mir jetzt noch aus
den Augen hervor.*

Ein altes Thema. Von Ovid bis in unsere Zeit haben Unzählige das Schick-sal des Verbannten erfahren. Herausge-rissen aus dem Kreis der Freunde, aus Landschaft, Tradition und Kultur, den-nen sie angehörten, aus dem Lebens-werk, das erst begonnen, mussten sie in der Fremde ein neues Leben versuchen. Unser zwanzigstes Jahrhundert beson-ders hat es in der Geschichte des Exils zu traurigem Ruhm gebracht. Die deut-sche Literatur hat den Aderlass noch nicht überwunden, den ihr die Herr-schaft der Nazis gebracht hat. Und nach dem Krieg dann die Emigrationswellen aus Osteuropa: 1956 Ungarn, 1968 Tschechoslowakei, seit der Oktoberre-volution in Russland ein Strom von

Flüchtlingen und Emigranten, darunter Künstler und Schriftsteller. Jetzt Solschenizyn, einer der bedeutendsten und grössten Schriftsteller unserer Tage.

In einer Zeit, die daran ist, in wissenschaftlichen Untersuchungen die Bilanz der Exilliteratur zu ziehen, ist das Bewusstsein für die Schwierigkeiten und die Problematik des Exils für den Schriftsteller besonders lebendig. In zahlreichen Diskussionsbeiträgen, die sich mit den Folgen der Ausweisung für Solschenizyn selbst befassen, ist es spürbar. Wird seine Wirkung, wird vor allem die Kraft, die er für die Bürgerrechtler in der Sowjetunion darstellt, geringer werden, wenn er nur noch von aussen her sprechen kann? Wird man ihn überhaupt noch hören können? Seine Freunde in Russland befürchten den härteren Zugriff der Staatsmacht, nachdem der Zeuge beseitigt ist. Und andere wiederum befürchten, dass Solschenizyns Produktivität verkümmere, wenn er für lange Zeit fern von seiner Heimat und ausserhalb seines angestammten Sprachraums leben müsse. Es gibt für dieses Absterben der künstlerischen Produktivität in der Emigration Beispiele genug. Einen Schock, der einen umbringen kann, nennt Anatolij Kusnezow die gewaltsame Verpflanzung eines Schriftstellers («Deutsche Zeitung – Christ und Welt»). Der Autor des berühmten Romans «Babij Jar» spricht aus eigener, bitterer Erfahrung. Seit er in London lebe, sagt er, habe er kaum ein Echo aus seiner Heimat vernommen. Da sitze er denn ab und zu vor dem Mikrophon einer westlichen Radiostation und spreche auf Russisch zu seinen Landsleuten, ohne zu wissen und ohne erfahren zu können, ob ihn auch jemand höre. Kusnezow befürchtet, dass auch Solschenizyn den schwe-

ren Schock des Druckgefälles zwischen dem derzeitigen sowjetischen Kulturklima und dem Klima in seinem neuen Lebensbereich erleiden werde, eine Krankheit, der nicht jeder unversehrt entkomme.

Es ist sicher nicht möglich, darüber Verlässliches auszusagen. Vielleicht aber doch das: War Solschenizyn als Lagerhäftling auf dem «Archipel GULAG» nicht schon einmal für lange Zeit im Exil, ausgestossen aus der Gesellschaft, ja aus seinem Land, da diese Lagerbereiche ja streng isoliert sind? Es hat ihn nicht gebrochen.

Diskussionen um den literarischen Rang

Kein Wunder schliesslich, dass auch der literarische Rang Solschenizyns zur Diskussion gestellt wird. Es gibt da Stimmen, die den Autor des «Archipel GULAG» auf jedes andere als auf das literarische Feld verweisen. Dahinter steht allerdings auch die Feststellung, dass sein Schaffen ausserhalb der hier vorherrschenden Modeströmungen steht, was ja nun wirklich nicht heissen muss, es könne darum nicht als literarisches Werk verstanden werden. Einige meinen – wahrscheinlich aus ganz unterschiedlichen Motiven –, Solschenizyn werde bei uns literarisch überwertet. Was immer das heissen soll, so sollten wir doch zwischen dem gewiss verwerflichen Rummel um die Person des Nobelpreisträgers und seinem Werk unterscheiden. Dass dieses die Merkmale des Aussergewöhnlichen, auch der aussergewöhnlichen künstlerischen Leistung aufweist, scheint mir nicht zweifelhaft; aber es trifft zu, dass es noch viel zu wenig analysiert und kritisch geprüft

wurde. François Bondy macht – im Sinne unabhängiger und klärender Kritik – ein paar sachliche Fehler namhaft, die dem Chronisten des «Archipel GULAG» unterlaufen sind («Weltwoche»). Dass sie im geringsten nicht den Rang Solschenizyns mindern, ist auch Bondys Meinung. Was not tut, ist das von Emotionen befreite kritische Gespräch. Kenner weisen sodann darauf hin, dass die deutschen Übersetzungen simplifizierend seien und vor allem die verschiedenen Sprachschichten, die Solschenizyn in genauer Entsprechung einsetze, nicht annähernd wiederzugeben vermögen. Bei aller Vorsicht, die geboten ist, wenn wir das Original nicht kennen, wird man doch dem Eindruck trauen dürfen, den das Werk in seiner deutschen Fassung hinterlässt. Konsequenz, moralische Kraft, aber auch Fülle der Anschauung, umfassende Welthaltigkeit und epischer Reichtum rechtfertigen es, in dem aus Russland Verbannten einen der bedeutendsten Schriftsteller unserer Zeit zu sehen. Es ist nicht seine Schuld, wenn die kritische Auseinandersetzung mit seinem Werk bis jetzt noch nicht sehr weit gediehen ist. In der Sowjetunion stand es in seinem vollen Umfang überhaupt noch nicht zur Diskussion, und im Westen lenken einstweilen die Verzerrungen der Sensationsgier und der Rechthaberei allzu sehr von den Ansätzen zu einem kritischen Gespräch ab.

Von echten und falschen Freunden

Das zeigt sich besonders darin, dass Solschenizyns Gegnerschaft gegen das sowjetische Regime in einem allzu engen Sinne gesehen wird. Rudolf Augstein zum Beispiel («Der Spiegel») interpre-

tiert die Gegnerschaft des Autors gegen das, was im Gefolge der Revolution entstanden ist, realpolitisch und versucht – mit Argumenten, die an Solschenizyns Position abprallen müssen –, gewissermaßen die Logik der sowjetischen Geschichte zu beweisen. Der prophetische Humanismus des russischen Dichters, der jetzt in die Verbannung geschickt wurde, stösst in umfassendere Bereiche vor. In der Tagebuchnotiz der Mutter des Diplomaten Wolodin («Der erste Kreis der Hölle») findet sich die Stelle: «Was ist das Wichtigste auf der Welt? Das Bewusstsein, dass du an keinen Ungerechtigkeiten teilhast. Sie sind stärker als du, es gab sie immer und wird sie immer geben, aber du sollst dabei nicht mitwirken.» Solschenizyn spricht von seiner eigenen Jugend, wenn er im gleichen Buch sagt, die zur Zeit der Revolution Geborenen hätten gelernt, Mitleid als ein erniedrigendes Gefühl anzusehen, Güte als Lächerlichkeit, Gewissen als einen Ausdruck, der den Popen zustehe. Dafür habe man sie gelehrt, Denunzieren sei vaterländische Pflicht. Er ist einer von denen, die in diesem Geiste erzogen wurden, nicht ein «Gestriger» also, der den «Requisiten einer sittlichen Weltordnung» nachtrauert, sondern ein durch Leiden und Nachdenken zur Reife gelangter Mensch der sowjetischen Gesellschaft, der sich weigert, zu den Lügen seiner Jugend länger zu schweigen. Von einem bestimmten Zeitpunkt an gibt es nichts mehr, was ihn daran hindern könnte, seine Einsicht auch auszusprechen.

Das ist der Grund, warum es fast gleich töricht und oberflächlich ist, ihn als einen Reaktionär zu bezeichnen, wie ihn als Kronzeugen gegen den Kommunismus zu brauchen. Er ist, wahrscheinlich, weder das eine noch das an-

dere. Das Böse, die Ungerechtigkeiten und die Gewalt, denen seine Absage gilt, sind Realitäten, die noch kein gesellschaftliches System und keine politische Heilslehre in der langen Geschichte der Menschheit auszurotten vermochten. Zu den grossen Errungenschaften der Kultur zählen immerhin die relativen Sicherheiten, die zum Beispiel in der demokratischen Kontrolle der Gewalt, in der Rechtsordnung, in der Gewaltentrennung gegeben sind. Das Wichtigste auf der Welt aber ist, nach Wolodins Mutter, dass der Mensch an den Ungerechtigkeiten nicht teilhat, auch nicht dadurch, dass er dazu schweigt.

Angesichts dieser absoluten Forderung tönt das Gerede von den falschen Freunden im Westen reichlich hohl, wenn da nur wieder an ihre Position im politischen Spektrum gedacht wird. Auch die, die Solschenizyn als wortgewaltigen Anhänger abgewirtschafteter Ordnungen sehen und es grosszügig begrüssen, dass er nun in Freiheit sagen kann, «was er für die Wahrheit hält», sind ja wohl nicht ganz die rechten Freunde. Martin Walsers Pseudozerknirschung als Antwort auf die Erklärung von Günter Grass, es gebe zwischen ihnen keinen Dialog mehr, wenn Walser jetzt nicht Stellung nehme, ist ein Literatenspielchen im Unverbind-

lichen («Der Spiegel»). Und wenn kürzlich einige Mitglieder des Schweizerischen Schriftstellerverbandes ihrem Vorstand eine Rüge erteilten, weil er an den ausgewiesenen und für staatenlos erklärten Kollegen Solschenizyn ein Solidaritätstelegramm gerichtet hatte, so trifft zwar der Satz in ihrer Begründung zu, wer immer für die Menschenrechte eintrete, dürfe es nicht nach ideologischen Gesichtspunkten tun, wenn er glaubhaft bleiben wolle. Die Rüge hat aber die Form eines Rekurses. Soll das etwa bedeuten, im Schweizerischen Schriftstellerverband werde man demnächst darüber streiten, ob das Telegramm des Vorstandes im Namen des Verbandes oder nur im Namen einiger Mitglieder zu gelten habe? Man möchte doch bitten, dass das nicht auch noch über die Bühne geht!

Solschenizyn und die andern: Kein Zweifel, dieser Mann ist nicht nur für die Sowjets, auch für uns im Westen eine Herausforderung. Der Kreml erwehrt sich ihrer durch einen Akt der Gewalt. Ihn auf die Ebene festzulegen, auf der bei uns heute politisch argumentiert wird, ist zum mindesten oberflächlich und erweckt zudem den Verdacht, man wolle auf diese Weise der Herausforderung aus dem Wege gehen, die seine Existenz auch für uns bedeutet.

Anton Krättli

BESUCH IN VINZEL

Zur Erinnerung an Carl J. Burckhardt

Mit Carl J. Burckhardt bin ich seit meiner Studienzeit an der Universität Genf in Verbindung gewesen. Er ist mir wiederholt mit seinem weisen und wohlwollenden Rat zur Seite gestanden. Als er

siebzig Jahre alt wurde, durfte ich meine Verehrung und Dankbarkeit in einem Aufsatz kundtun, der in der Festschrift «Dauer im Wandel» erschienen ist.

Im Jahr 1963 kehrte ich nach einem

zehnjährigen England-Aufenthalt in die Schweiz zurück. Im darauffolgenden Sommer hatte ich die Freude, Carl J. Burckhardt nach langer Zeit wiederzusehen. Über meinen damaligen Besuch in Vinzel habe ich folgende Aufzeichnungen gemacht.

Übers Wochenende kam ich nach Bern, und heute machte ich, nach gut-bernischer Tradition, eine Visitentour an die «Côte». Ziel dieser Fahrt war «La Bâtie» in Vinzel, Wohnsitz von Carl J. Burckhardt, mit dem ich mich verabredet hatte.

Der Tag war heiss und die Sonne gleisste. Die Wiesen und Felder waren braungebrannt, das Korn dafür schön ausgereift und schon zu Heinzen gebüschelt. Die Reben schienen saftig; es wird wohl ein guter Jahrgang werden.

Nach drei Wochen ohne Regen sehnte man sich nach etwas Abkühlung. Mittags in Morges war solche noch gar nicht zu verspüren. Doch als ich um 15 Uhr durch die Rebberge dem Dorfe Vinzel entgegenfuhr, da überzog sich der Himmel plötzlich mit kühlen Wolken, und wohltuender Schatten breitete sich über die Landschaft aus. Die kurz zuvor in der Hitze vor Spannung flimmernde Atmosphäre war sogleich gelöst. Wie hätte es anders sein können, vor einem Besuch bei Carl J. Burckhardt?

Auf mein Läuten hin öffnete eine Magd die Türe und liess mich eintreten. Die Eingangshalle ist wie ein Wohnraum gestaltet, links der grosse Flügel, darauf eine Schale mit Kristallen aus der Sammlung von Frau Burckhardt. Dann wurde ich in den Mittelsalon geleitet. Burckhardts Bibliothek liegt daneben; er war eben daran, noch etwas zu diktieren.

Nach wenigen Minuten betrat er den Raum, etwas bedächtiger als vor zwei Jahren, als ich ihn zum letztenmal gesehen hatte; sein Haar war seither fast ganz weiss geworden.

Ein kurzer Wortwechsel tat den Erfordernissen der Höflichkeit genüge. Er hiess mich in eines der vor dem Kamin stehenden Sofas sitzen, währenddem er sich selber einen Lehnstuhl herbeizog. Ehe ich es mir versah, waren wir mühe-los auf der richtigen Bahn in das beabsichtigte Gespräch hineingeglitten.

Burckhardt wusste, dass ich etwas Bestimmtes mit ihm besprechen wollte und war deshalb darauf bedacht, für das Gespräch von sich aus keine Weichen zu stellen. So verhielt er sich zuerst passiv. Kaum war jedoch das Stichwort gefallen, nahm er den Ball auf, und von diesem Augenblick an stiess er kurz und bündig auf den Kern der Sache. In wenigen Minuten war die sich im Konkreten stellende Frage beantwortet.

Nun aber spann er den Faden weiter. Von der gestellten, spezifischen Frage ausgehend ging er zum Grundsätzlichen über. Da war er ganz in seinem Element. Schon immer hatte ich an ihm bewundert, wie er die praktischen Probleme schnell und zweckmässig zu lösen und damit zu erledigen verstand. Sobald dies geschehen war, schob er diese Dinge in den Hintergrund, als ob sie für ihn nur sekundäre Bedeutung hätten. Doch führte er das Gespräch über den angeschnittenen Gegenstand stets weiter, allerdings auf einer höheren, grundsätzlichen Ebene.

Wir sprachen über England und Europa, die Arbeit für internationale Organisationen, das Rote Kreuz, den Konflikt zwischen Entwicklungs- und Industrieländern und über die Technik der Aussenpolitik. Carl J. Burckhardt ge-

hört nicht zu jenen, welche den alten Zeiten nachtrauern. Doch gab er zum Ausdruck, dass die moderne Lebensform mit ihren Kommunikationsmitteln und der grösseren Publizität gelegentlich das behutsame, ausgewogene diplomatische Verhandeln erschwere. Auch der bisweilen übertriebene Zwang, über alles Rechenschaft ablegen zu müssen, sei der Sache abträglich.

Er beklagte auch die Tendenz, alles zu kategorisieren und jedem einzelnen einen Stempel oder Etikett aufzudrücken. So sei es nicht mehr der Mensch an sich, sondern seine Funktion, die beurteilt und gewertet würde.

Es wäre schön gewesen, Burckhardt diese Gedanken weiter erörtern zu lassen. Doch wartete neue Arbeit auf ihn, die er vor dem im späteren Nachmittage erwarteten Besuch erledigen wollte.

Vor der Verabschiedung sprachen wir kurz von Zürich, wo er neulich

drei Wochen zugebracht und sich sehr wohl gefühlt hatte. «Die Stadt Zürich», sagte er, «ist nun gross genug, dass man sich darin frei und unabhängig seinen eigenen Freundes- und Bekanntenkreis auswählen kann, ohne darin vom Zwang einer kleinstädtischen Ordnung mit ihren Vorschriften und Voreingenommenheiten behindert zu werden.» Er freute sich auf seinen nächsten Besuch der Stadt an der Limmat.

Dann geleitete er mich zur Haustüre. Draussen hatte es inzwischen zu regnen begonnen. Sofort erkundigte sich Burckhardt ob ich einen Schirm benötige. Dann reichte er mir die Hand, blieb unter der Türe stehen, bis ich im Wagen sass und der Motor angesprungen war. Noch einmal erhob er seinen Arm zum Gruss, und dann entschwand seine aufrechte, würdige Gestalt hinter der Türe.

Mario Ludwig